

lo stesso venga esercitato, può sollevarsi solo nel caso in cui i beni staggiti non si trovassero in mano del debitore, ma vi fossero dubbi che quest'ultimo ne abbia tuttavia la detenzione per l'intermezzo di un terzo. Se ciò fosse realmente, si dovrebbe anche in tal caso procedere secondo l'art. 107.

2° L'istanza cantonale ha dunque giudicato rettamente dichiarando che un semplice contratto di vendita, stipulante il trapasso immediato in favore del compratore della proprietà e del possesso, non basta per costituire la detenzione effettiva di cui agli art. 106 e seguenti della legge federale, ma che è necessario inoltre la consegna e l'occupazione degli enti acquisiti. Ciò risulta chiaramente dal riflesso che le nozione del possesso, in quanto essa determina la posizione delle parti di attore o di convenuto nell'azione di rivendicazione, è una nozione di diritto federale, affatto indipendente dai disposti del diritto cantonale, in forza dei quali il possesso di uno stabile può essere ottenuto anche solo mediante contratto.

3° Ciò posto, il litigio si riduce ad una semplice questione di fatto, ossia alla questione di sapere se la madre della ricorrente abbia realmente la detenzione degli oggetti pignorati. Ora non risulta che ammettendo tale possesso l'istanza cantonale abbia giudicato in opposizione agli atti. Il rimprovero che le muove la ricorrente di aver ritenuto che il possesso effettivo non sia mai stato da lei rivendicato, nel mentre essa ha sempre sostenuto di avere il godimento degli enti pignorati, si spiega pel fatto che tale pretesa fu sempre sollevata unicamente in relazione agli effetti dell'atto di compera, ma mai come conseguenza di una occupazione effettiva avvenuta da parte della compratrice. In tal senso si deve interpretare anche l'osservazione contenuta nel ricorso al Tribunale federale, secondo la quale la ricorrente, nell'ipotesi più sfavorevole, « coabiterebbe » colla debitrice ed avrebbe quindi il compossesso degli enti in questione. In ogni caso, non sarebbe niente affatto provato che la ricorrente abiti presso la di lei madre a Bironico e non col proprio marito, come è da presumersi naturalmente. L'indirizzo

che figura sopra alcune lettere prodotte in atti è anzi adatto a far ritenere il contrario.

Per questi motivi,

La Camera di Esecuzione e Fallimento
pronuncia :

Il ricorso è respinto.

108. Entscheid vom 7. November 1899
in Sachen Betreibungs- und Konkursamt
Solothurn-Lebern und Konsorten.

Weibergutsansprache; Rückzug derselben; Pfändung durch Gläubiger der Ehefrau; Bestreitung; Vorgehen nach Art. 106 ff. Betr.-Ges.

I. Im Konkurse des Josef Obrecht, Fabrikanten in Grenchen, machte die Ehefrau des Gemeinschuldners, Amalie geb. Kessler, eine Weibergutsansprache von 85,436 Fr. 30 Cts. geltend. Die Ansprecherin wurde im Kollokationsplan für die privilegierte Hälfte dieses Betrages in Klasse IV angewiesen. Gegen diese Kollokation hatten G. Krentel & Cie. und sieben andere Gläubiger des Obrecht rechtzeitig Klage erhoben, mit den Begehren, es sei die Forderung der Frau Obrecht als nichtbestehend und ungültig zu erklären und aus dem Kollokationsplan auszuweisen, und es sei die frei werdende Summe den Klägern zuzusprechen, soweit zur Deckung ihrer Forderungen erforderlich. Diesen Rechtsbegehren hat sich Frau Obrecht am 18. Juli 1899 unterzogen. Am 20. Juli erwirkten zwei Gläubiger derselben, Henzi & Kully und Solothurner Hülfskasse, auf ihre Weibergutsansprache im Konkurse ihres Ehemanns Arrest, an dessen Stelle später nach angehobener Betreibung definitive Pfändung trat. Auf der Pfändungsurkunde wurde bemerkt, daß auf die Frauengutsforderung die acht Gläubiger, die dieselbe im Konkurse des Ehemanns Obrecht angefochten hatten, Anspruch erheben; es wurde den pfändenden Gläubigern eine zehntägige Frist zur Bestreitung dieser Ansprüche ge-

setzt. Nachdem von beiden pfändenden Gläubigern Bestreitungen eingelangt waren, setzte das Betreibungsamt Solothurn-Nebern unterm 13./15. September den acht erwähnten Konkursgläubigern gemäß Art. 107 des Betreibungsgesetzes eine Frist von zehn Tagen zur Klageanhebung.

II. Diese Verfügung fochten G. Krentel & Cie. und Konsorten auf dem Beschwerdewege an, indem sie geltend machten, daß die Frauengutsforderung der Frau Obrecht im Zeitpunkt der Arrestnahme nicht mehr existiert habe, daß die Art. 106 ff. des Betreibungsgesetzes auch deshalb nicht zur Anwendung kommen könnten, weil sie sich nur auf Sachen, nicht auch auf Forderungen beziehen, und daß jedenfalls die Klägerrolle den pfändenden Gläubigern hätte zugewiesen werden müssen. Der Betreibungsbeamte von Solothurn-Nebern berief sich in seiner Antwort darauf, daß die Abstandserklärung der Frau Obrecht gegenüber den Kollokationsklagen von G. Krentel & Cie. und Konsorten nach Art. 17 ff. des Obligationenrechts und 285 des Betreibungsgesetzes unwirksam sei und machte ferner geltend, daß die Art. 106 ff. des Betreibungsgesetzes hier zur Anwendung zu kommen hätten, da die Forderungen den körperlichen Sachen gleichzustellen seien, es sich vorliegend übrigens um eine in der Verwahrung des Konkursamtes liegende Geldsumme handle, und daß die Voraussetzungen von Art. 109 des Betreibungsgesetzes nicht zutreffen. Die solothurnische kantonale Aufsichtsbehörde hieß die Beschwerde von G. Krentel & Cie. und Konsorten mit Entscheid vom 13. Oktober 1899 gut und hob die angefochtene Verfügung vom 13./15. September 1899 auf, davon ausgehend, daß die Forderung der Frau Obrecht infolge ihrer Abstandserklärung aus dem Kollokationsplan ausgewiesen und daß nunmehr nach Art. 250 des Betreibungsgesetzes weiter vorzugehen gewesen sei.

III. Gegen diesen Entscheid ergriffen das Konkursamt Solothurn-Nebern, sowie Henzi & Kully und die Solothurnische Hülfskasse den Rekurs an das Bundesgericht, indem sie im wesentlichen die Gründe wiederholten, die der Betreibungsbeamte in seiner Vernehmlassung auf die Beschwerde an die kantonale Aufsichtsbehörde vorgebracht hatte.

Die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer zieht in Erwägung:

1. Es ist zunächst festzustellen, daß es sich einzig um die Gültigkeit der Verfügung vom 13./15. September 1899 handelt, durch die den acht Konkursgläubigern des Euseb Obrecht, die die Ausweisung der Frauengutsforderung der Frau Obrecht aus dem Kollokationsplan im Konkurse ihres Ehemanns erwirkt hatten, eine Frist von zehn Tagen angesetzt wurde, um diese Forderung gegenüber den pfändenden Gläubigern Henzi & Kully und Solothurnische Hülfskasse gerichtlich geltend zu machen. Diese Verfügung wurde in der von den letztern beiden Gläubigern gegen Frau Obrecht angehobenen Betreibung erlassen, ist also eine Verfügung des Betreibungsamtes Solothurn-Nebern und nicht eine solche des dortigen, den Konkurs des Ehemanns Obrecht verpflegenden Konkursamtes.

2. Gepfändet wurde für die beiden Gläubiger, die die Frau Obrecht betrieben hatten, deren Frauengutsforderung an ihren Ehemann. Diese Forderung wird von G. Krentel & Cie. und Konsorten, die dieselbe im Konkurse des Ehemanns Obrecht angefochten hatten und gegenüber denen die Ehefrau den Abstand erklärt hatte, bestritten, da sie nach der erwähnten Abstandserklärung als nicht mehr bestehend zu betrachten sei. Daß die genannten acht Gläubiger, die einzig die Kollokation der Frau Obrecht bestritten und von dieser eine Abstandserklärung erwirkt haben, an Stelle des Schuldners, bezw. seiner Masse zur Bestreitung an sich legitimiert sind, steht außer Zweifel. Die Abstandserklärung der Ehefrau besteht formell zu Recht und muß, bis sie invalidiert ist, respektiert werden. Handelt es sich aber danach um die Pfändung einer ihrem Bestande nach bestrittenen Forderung, so kann, wie in der Praxis stets festgehalten wurde, das Vereiniungsverfahren der Art. 106 ff. keine Anwendung finden (vergl. Archiv I, Nr. 89, II, Nr. 81, V, Nr. 45, betreibungs- und konkursrechtliche Entscheidungen, Band I, S. 238). Mit Recht ist daher die gestützt auf Art. 107 des Betreibungsgesetzes erlassene Klagefristansetzung aufgehoben worden.

3. Wollte man aber auch annehmen, der Gegenstand der Pfändung sei der auf die Weibergutsforderung der Frau Obrecht

entfallende, in der Verwaltung des Konkursamtes befindliche Anteil an den Aktiven der Masse des Ehemanns Obrecht, so könnte doch die Verfügung des Betreibungsamtes nicht geschützt werden. Denn nach der Abstandserklärung der Ehefrau kann jedenfalls nicht mehr gesagt werden, daß das Konkursamt jenen Anteil für die Schuldnerin besitze, sondern es übt den Gewahrsam aus an Stelle der im Kollokationsplan noch gültig zugelassenen Konkursgläubiger. Auch von diesem Gesichtspunkte aus konnte die Klägerrolle in dem Prozesse darüber, wem jener Anteil auszuliefern sei, nicht den Ansprechern G. Krentel & Cie. und Konkursorten überbunden werden.

Demnach hat die Schuldbetreibungs- und Konkurskammer
erkannt:

Der Rekurs wird abgewiesen.

109. Arrêt du 9 novembre 1899 dans la cause Ziener.

Poursuite dirigée contre un incapable. Portée de la publication de la mise sous conseil judiciaire.

I. Le 29 septembre 1898, Conrad Ziener, à Genève, a fait notifier à Fernand Scheimbet, photographe à Genève, un commandement de payer N° 44 668 pour 1°, 30 fr., 2°, 54 fr. 60 et 3°, 56 fr. 60, avec intérêts. Ensuite d'opposition de Scheimbet, Ziener a requis la main-levée provisoire qui a été prononcée, le 18 octobre 1898, à concurrence d'un montant de 130 fr. et intérêts courus, plus un émolument de 13 fr.

La commune d'origine de Scheimbet ayant requis son interdiction, le Tribunal de première instance a écarté cette demande, mais a prononcé le 16 novembre 1898, la mise sous conseil judiciaire de Scheimbet. Au début de l'instance, soit par ordonnance du 12 août 1898, le sieur Uebersax, agent d'affaires à Genève, avait été nommé administrateur provisoire des biens de Scheimbet.

A la requête de Ziener une saisie fut faite, le 7 novembre

1898, en mains d'Uebersax, lequel déclara alors ne rien avoir ni devoir à Scheimbet. Le 8 juillet 1899, une seconde saisie s'opéra en mains d'Uebersax qui porta, cette fois, sur « les » sommes ou carnet de Caisse d'épargne qu'il peut avoir appartenant au débiteur. »

II. Par mémoire du 20 juillet 1899, Uebersax, agissant en sa qualité d'administrateur provisoire des biens de Scheimbet, demanda à l'autorité cantonale de surveillance de prononcer la nullité du commandement de payer N° 44 668. Le 22 août 1899, celle-ci a admis le recours en déclarant le dit commandement sans effet à l'égard d'Uebersax en sa qualité, comme ayant été irrégulièrement notifié, et en ordonnant qu'il ne puisse être procédé à aucune exécution en vertu de cet acte.

Cette décision est motivée comme suit :

Le commandement a été notifié à Scheimbet personnellement, à une époque où il était pourvu d'un administrateur provisoire de ses biens, c'est-à-dire d'un représentant légal dans le sens de l'art. 47 LP. Cette notification implique donc une violation des al. 1 et 2 du dit article. L'exception de tardiveté du recours, soulevée par le créancier, doit être repoussée, le délai de dix jours n'étant pas opposable à Uebersax en sa qualité, car ce n'est pas à lui que le commandement a été notifié et il se plaint précisément de n'en avoir pas eu connaissance.

III. Conrad Ziener a recouru en temps utile au Tribunal fédéral contre ce procédé concluant à son annulation et à ce que le commandement N° 44 668 et les actes de poursuite subséquents iront leur voie.

Statuant sur ces faits et considérant en droit :

1. Le recourant fait valoir en premier lieu que la plainte du 20 juillet 1899 adressée à l'autorité cantonale par Uebersax en sa qualité d'administrateur provisoire des biens et de la personne de Scheimbet, n'était pas recevable pour cause de tardiveté. C'est à bon droit cependant que l'instance cantonale a repoussé ce moyen comme mal fondé. Ce moyen ne saurait être admis non plus par le Tribunal fédéral, alors